



Open Access Repository
www.ssoar.info

"Es wird noch ein bis zwei Jahrzehnte dauern": Ulrike Poppe im Gespräch über Erwachsenenbildung in der Übergangsgesellschaft

Poppe, Ulrike; Jung, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Poppe, U., & Jung, T. (2009). "Es wird noch ein bis zwei Jahrzehnte dauern": Ulrike Poppe im Gespräch über Erwachsenenbildung in der Übergangsgesellschaft. *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, 16(4), 22-25. <https://doi.org/10.3278/DIE0904W022>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/1.0>


Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53008-5>

W. Bertelsmann Verlag



»Es wird noch ein bis zwei Jahrzehnte dauern«

Ulrike Poppe im Gespräch über Erwachsenenbildung in der Übergangsgesellschaft

DOI: 10.3278/DIE0904W022

aus: **DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 04/2009**
transFormation

Erscheinungsjahr: 2009
Seiten 22 - 25

Im Herbst 2009 jährt sich der Mauerfall und damit die Auflösung der Machtblöcke von Ost und West zum zwanzigsten Mal. Die Transformation der postsozialistischen Welt ist seither in vollem Gange und die Weiterbildung unterschiedlich involviert. Im Heft stehen vor allem die Prozesse eines Transfers von Strukturen und Konzepten der Weiterbildung im Fokus. Auf der Einbahnstraße der nachholenden Modernisierung mussten dabei Unfälle passieren (so erging es etwa der ersten Programmgeneration von QUEM im West-Ost-Transfer). Aber prägt diese Erkenntnis auch die aktuellen Weiterbildungsexporte in Transformationsländer?

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:



Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

Zitiervorschlag

»Es wird noch ein bis zwei Jahrzehnte dauern«. Ulrike Poppe im Gespräch über Erwachsenenbildung in der Übergangsgesellschaft. In: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 04/2009. transFORMATION, S. 22-25, Bielefeld 2009. DOI: 10.3278/DIE0904W022



WIR MACHEN INHALTE SICHTBAR

Ulrike Poppe im Gespräch über Erwachsenenbildung in der Übergangsgesellschaft »ES WIRD NOCH EIN BIS ZWEI JAHRZEHNTE DAUERN«

DIE: Frau Poppe, wenn wir uns heute vor einem Theater in den neuen Bundesländern treffen, um über Transformationen zu reden, so ist es legitim, an Volker Brauns Drama »Übergangsgesellschaft« aus den späten 1980er Jahren zu erinnern. Darin ging es um die Kritik am Zustand eines eingefrorenen, zum Stillstand gekommenen Übergangs in eine menschlichere Gesellschaft. Die Revolution war zur Diktatur verkommen und die Utopie vom besseren Leben angesichts des Realsozialismus längst fragwürdig. Das alte Haus auf der Bühne, Sinnbild für das Gebäude der Ideologie, war morsch und brüchig und sollte am Ende in Flammen aufgehen. Lassen Sie uns überlegen, wie sich die Geschichte der zurückliegenden gut zwanzig Jahre als Abfolge von Übergängen beschreiben lässt – Übergänge etwa, die, anders als auf dem Theater, auch Aufbruch und Hoffnung vermittelten. Wie haben Sie diesen Übergang wahrgenommen?

Poppe: Ich habe bis September '89 überhaupt noch nicht ahnen können, welch gewaltige Veränderung auf uns zukommt. Deshalb habe ich die Zeit bis dahin auch nicht als hoffnungsvolle Übergangszeit gesehen. Aber ich kann diese Sicht verstehen. Als ich in den Sechzigern zur Schule ging, da gab es durchaus in Teilen der Bevölkerung noch Hoffnung, dass sich diese Gesellschaft eines Tages zu einer freieren, gerechteren, ja sogar effizienteren Gesellschaft hin verändern würde. Der Sozialismus galt ja offiziell als Übergangsgesellschaft. Und bestimmte Mängel und Mühen waren dieser Übergangszeit geschuldet. Ab der zweiten Hälfte der Siebziger ging diese Hoffnung allmählich verloren. Zunächst



Ein später Augustnachmittag in Potsdam. Vor dem Hans-Otto-Theater treffen wir **Ulrike Poppe**, Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg. In diesen Tagen vor genau zwanzig Jahren markierte die Fluchtwelle von Zehntausenden desillusionierter DDR-Bürger über die Bonner Botschaft in Prag sowie über die grüne Grenze in Ungarn eine der Etappen des Untergangs des »anderen« Deutschland. Heute abend beginnen am hiesigen Theater die Proben zu einem dokumentarischen Theaterstück mit dem Titel »Vom Widerstehen«, in dem Bürgerrechtler zu Worte kommen werden. Das Stück wird im Herbst – parallel zu den offiziellen Gedenkritualen zum 20. Jahrestag der Maueröffnung – individuelle Erinnerungen im öffentlichen Raum zur Diskussion stellen und so das Gedenken an die friedliche Revolution wachhalten. Ulrike Poppe war damals, wie die anderen, die auf der Bühne stehen werden, in der Opposition engagiert. Seit 1991 leitet sie Weiterbildungsseminare für Zeitgeschichte und Politik an der Evangelischen Akademie in Berlin. Wir wollen heute über ihre Erfahrungen als Bürgerrechtlerin und Erwachsenenbildnerin in Zeiten des Umbruchs sprechen. Das Interview führte Dr. Thomas Jung (DIE).

schien mit Honeckers Machtantritt ein Reformansatz möglich. Bald aber zeigte sich, dass die Verbesserungen in den Sozialleistungen und in der Versorgung nur oberflächliche Übermalungen einer zunehmend maroden Wirtschaft und einer sich aufzehrenden Substanz von Infrastruktur und Gebäuden waren. In den Achtzigern glaubte in meiner Generation und unter den Jüngeren kaum

noch jemand an den weltweiten Sieg des Kommunismus. Und die Wenigen, die noch daran glaubten, wurden allmählich zu Zynikern.

»Sozialismus als Übergangsgesellschaft«

DIE: War aber nicht trotz oder gerade wegen der allgegenwärtigen Auflösungs- und Verweigerungerscheinungen in den späten Achtzigern mit Blick auf Perestrojka und Glasnost auch eine neue Hoffnung auf Veränderung zu spüren?

Poppe: Es gab einfach zu viele Auflösungserscheinungen. Hinzu kam, dass sich die DDR-Führung massiv gegen jede Art von Reformen wehrte, die aus Moskau kamen. Eigentlich war jedem deutlich geworden, dass diese sozialistische Alternative den wirtschaftlichen und technologischen Konkurrenzkampf mit dem Westen nicht mehr gewinnen konnte. Das Land war abgewirtschaftet. Da konnte niemand mehr Hoffnung haben, dass die Planwirtschaft sich als die bessere Wirtschaftsform erweisen würde. Der Problemdruck war so groß geworden, dass eigentlich niemand mehr wusste, wie man aus dieser Misere herauskommt. Aber durch Gorbatschow wurde der Problemdruck auf die DDR-Führung erhöht. Sie sah sich in Gefahr, ihre wichtigste Machtsstütze zu verlieren. Das Wichtigste aber war, dass

Gorbatschow den Weg für eigenständige Entwicklungen in den Ländern seines Machtbereichs freigab. Das war eine große Hoffnung für die Dissidenten im Ostblock.

DIE: Können wir nicht bereits mit dem Jahr 1987 eine Zäsur setzen? Es war die Zeit, da Christoph Hein öffentlich die Abschaffung der Zensur forderte,

die Zeit, da bekannt wurde, dass in der Berliner Zionskirche die Umweltbibliothek existierte, und da auch an vielen anderen Orten oppositionelle Gruppen, wie beim Olof-Palme-Marsch oder in der Friedensbewegung, in einer, sagen wir, Halb-Öffentlichkeit, agierten. Sahen Sie da nicht Bewegung in die Geschichte kommen?

Poppe: Natürlich! Die Ereignisse verdichteten sich. Diese letzten beiden Jahre vor '89 waren für viele ein Wechselbad der Gefühle zwischen Hoffnung und Resignation. Wenn ich an Staatsfeiertagen die jubelnden Massen fähnchenschwenkend an der Tribüne vorbeimarschieren sah, zweifelte ich daran, dass diese Menschen je in der Lage sein würden, irgendeine kritische Position einzunehmen oder den Mut aufzubringen, eine Veränderung zu bewirken. Aber wenn neue Leute in die Opposition kamen, ihre Duldsamkeit beendeten und den Mund aufmachten, dann bekamen wir wieder Hoffnung. Und dann waren da die alten Männer im Politbüro. Niemand wusste, wer sie ablösen und wie es weitergehen sollte. Das Leipziger Institut für Jugendforschung hatte Daten erhoben, die geheim waren, aber doch in unsere Hände gelangten. Darin war zu lesen, dass die junge Generation keinerlei ideologische Überzeugung mehr hatte. Gerade diejenigen, die von der Volksbildung geprägt und zum »neuen Menschen« erzogen wurden, wollten von der kommunistischen Utopie nichts mehr wissen. Aus all diesen Gründen waren wir der Überzeugung, dass das System am Ende war, auch wenn niemand wusste, was danach kommen sollte.

DIE: Man kann diese Zeit als »Untergang« und »Implosion« des Sozialismus bezeichnen. In der Geschichtsschreibung wird für diese Vorgänge in Ostdeutschland, ja in ganz Osteuropa, mittlerweile auch der Begriff »friedliche Revolution« verwendet. Würden auch Sie diesen Begriff benutzen?

Poppe: Nun, das ist offenbar immer noch ein Streitpunkt, obgleich viele Historiker den Begriff Revolution schon

immer verwendet haben. Ich habe die Hoffnung, dass sich dieser Begriff endlich durchsetzt. Für mich ist es eindeutig eine Revolution, das heißt eine radikale Umwälzung der politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen, ein Machtwechsel, der grundlegend neue Institutionen und Strukturen schafft. Genau das hat stattgefunden. Gewalt ist keine notwendige Bedingung für eine Revolution. Es ist ein großes Glück, dass fast im gesamten Ostblock der Umbruch annähernd friedlich gelang.

»Grundlegend neue Strukturen«

DIE: Wen sehen Sie als wichtige Akteure bei der Umwälzung der Machtverhältnisse?

Poppe: Wie immer bei solch grundlegenden Umwälzungen, gibt es eine Vielzahl von Akteuren. Es gab die Oppositionsgruppen, kirchliche und nicht-kirchliche, es gab oppositionelle Kreise unter Intellektuellen und Künstlern. Aber auch in den Reihen der Partei bröckelte die Loyalität gegenüber der Führung. Durch die wachsende Zahl der Ausreisewilligen wurde die Stimmung angeheizt. Die Massenfluchten brachten das Fass zum Überlaufen. Die fortschreitende Liberalisierung in Ungarn und die schließliche Grenzöffnung beschleunigten die Prozesse. Polen ging mit seinem Beispiel eines Runden Tisches und erster halbfreier Wahlen voran. Und Gorbatschow ließ seine Truppen in den Kasernen. Wir hatten 1989 ein Kontakttelefon eingerichtet, wo Informationen über Aktivitäten der Opposition aus dem ganzen Land zusammenliefen. Die Informationsstrukturen waren ja ansonsten trotz Samisdat (*Veröffentlichungen im Selbstverlag, d. Red.*) eher spärlich. Auch von einigen Westkorrespondenten erhielten wir Unterstützung. Sie berichteten in den Westmedien über oppositionelle Aktivitäten. Das wurde auch von der DDR-Bevölkerung wahrgenommen. Mit dem Wissen, dass es eine Opposition im Lande gab, stand und fiel auch der Mut anderer Men-

schen, die sich nicht mehr allein fühlten und dann im Herbst auf die Straße gingen. Die Oppositionellen waren vielleicht so etwas wie Katalysatoren für den Umbruch.

DIE: Welche Rolle hat bei diesem Übergang die Erwachsenenbildung gespielt?

Poppe: Die literarischen Lesungen in Kirchen und privaten Wohnungen gehören wohl nicht im engeren Sinne zur Erwachsenenbildung. Aber es waren Anlässe zu Diskussionen, die meist hochpolitisch waren. Wir haben versucht, außerhalb der offiziellen Strukturen der Volkshochschule und des staatlichen Bildungssystems so genannte Parallelstrukturen zu schaffen, nach polnischem Vorbild. Wir organisierten Vortragsabende, zum Beispiel in der Berliner Umweltbibliothek. Es gab Friedenswerkstätten und Friedensseminare auf kirchlichem Gelände, in denen informiert, diskutiert und konkret geplant wurde. Die so genannten Sommer- und Winterakademien der Solidarischen Kirche waren konkrete, alternative Bildungsangebote, in denen sich die Beteiligten, die alle aus der oppositionellen Szene kamen, mit bestimmten gesellschaftlichen Themen ausführlich auseinandersetzen konnten. Ende der Siebziger gab es auch Versuche, staatliche Räume, z.B. Jugendclubs, für Veranstaltungen zu nutzen, in denen die Zensur unterlaufen wurde. Aber die Staatssicherheit brachte diese Formen selbstbestimmter Kultur zum Scheitern. Als Mitarbeiterin des Museums für Deutsche Geschichte (heute Deutsches Historisches Museum) habe ich zusammen mit einigen Kollegen im dortigen Kinosaal Vortragsabende organisiert. Das ging so lange gut, bis die ersten systemkritischen Texte vorgelesen und die Vortragsreihe von der Museumsleitung verboten wurde. So haben wir an den verschiedensten Orten Themen diskutiert, die öffentlich tabuisiert waren, etwa zu Ungarn '56, zu Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensfragen. Uns war bewusst, dass wir die staatlichen Bildungsstrukturen kaum verändern konnten. Umso wichtiger war es, Räume

für offene und freie Diskussion anzubieten.

DIE: Was ist aus all den Oppositionellen geworden? Viele von ihnen sind nicht in der Politik geblieben. Lag es daran, dass sie sich in der neuen Gesellschaft genauso verweigerten wie in der alten, oder weil sie, wie man gelegentlich hört, keine Konzepte für die Zeit nach den Runden Tischen hatten? Oder sind sie auf die eine oder andere Weise aus den neuen politischen Strukturen ausgeschlossen worden?

Poppe: Die Bürgerbewegung war keine einheitliche Bewegung. Zu ihr gehörte ein breites Spektrum von Persönlichkeiten, mit zum Teil sehr unterschiedlichen Ideen und Motiven. Das spiegelt sich auch in den Gründungen vom Herbst '89 wider: Neues Forum, Vereinigte Linke, Demokratie Jetzt, SPD, Demokratischer Aufbruch, um nur einige zu nennen. Einig waren sich alle darin, dass sie die autoritären und entmündigenden Strukturen abschaffen wollten und Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit forderten. Wie aber die Gestaltung der Gesellschaft nach dem Umbruch im Einzelnen realisiert werden sollte, da gingen die Meinungen auseinander. Und das tun sie bis heute. Daher sind die Leute auch in verschiedenen Parteien gelandet, einige wenige sind bis in den Bundestag gekommen, andere sind in Bürgerinitiativen geblieben oder engagieren sich in der Lokalpolitik. Wieder andere sind in ihr vorheriges Berufs- und Familienleben zurückgekehrt oder haben nochmal ganz von vorne angefangen. Man muss ja auch sagen, dass nicht alle, die sich damals aus Verantwortung oder Wut heraus für eine Veränderung engagiert hatten, Berufspolitiker werden wollten. Nicht jeder war bereit, sich den Spielregeln der großen Parteien zu unterwerfen. Viele Oppositionelle, die jahrelang gegen ein System gearbeitet haben, tun sich schwer im Umgang mit Macht und Hierarchien. Sie erweisen sich damit für das politische Tagesgeschäft als untauglich oder wollen sich Fraktionszwängen nicht beugen. Das ist auch ihr gutes Recht. Was die

Vermutung von Ausgrenzung angeht, so habe ich selbst die Erfahrung gemacht, dass viele Leute aus meinem Umfeld in die neuen Strukturen, das heißt in Gremien und Beiräte, kooptiert worden sind, und das gerade aufgrund ihrer Ost-Erfahrung. Ich habe überhaupt nicht den Eindruck von Ausgrenzung.

DIE: Was waren aus Ihrer Perspektive Ziele der Akteure der Bürgerbewegung vom Herbst '89?

Poppe: Es ging grundsätzlich um die Ablehnung eines autoritären Staates, der sich anmaßt, darüber zu befinden, was der Einzelne lesen darf, was er öffentlich sagen darf, woher und worüber er sich informieren darf, wohin er reisen darf und so weiter. Ich glaube, dass die Einforderung der demokratischen Grundrechte aus Korb III der Helsinki-Schlussakte, der ja auch die DDR offiziell zugestimmt hatte, ein Minimum aller Akteure dieser Zeit war. Das war es, was wir alle wollten. Natürlich wollten wir freie Wahlen und einen Rechtsstaat, in dem man als Bürger seine Rechte einklagen konnte und in dem die Politik dem Recht unterworfen ist.

»Offene und kritische Debatte«

DIE: Welche Rolle dabei insbesondere die evangelische Kirche gespielt hat, ist durch die Geschichtsschreibung weitgehend dokumentiert worden. Man sprach nicht von ungefähr vom »Schutzraum Kirche«. Welche Rolle spielen die Evangelischen Akademien heute?

Poppe: Die Evangelischen Akademien sind in der Nachkriegszeit gegründet worden. Aus der Erfahrung, dass evangelische Christen unter dem Nationalsozialismus versagt hatten, wurden die Evangelischen Akademien ins Leben gerufen. Sie stellten es sich zur Aufgabe, Christen zu befähigen, Verantwortung für weltliche, auch für politische Angelegenheiten zu übernehmen. Bis heute haben die Evangelischen Akademien in Ost und West dazu beigetragen, dass Menschen sich ein eigenes

Urteil bilden und sich in gesellschaftliche Prozesse einbringen. Sie haben zu Diskussionen, aber auch zu praktischem Engagement angeregt. Nicht selten sind aus Tagungen Initiativen hervorgegangen, die Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung genommen haben. Im Osten spielten die Akademien noch eine besondere Rolle, da sie zu den wenigen Orten gehörten, an denen zum Teil offener und kritischer debattiert wurde als in staatlichen Bildungseinrichtungen. Auch heute sind die Evangelischen Akademien ein Ort, an dem partei- und disziplinübergreifend politische und ethische Fragen bearbeitet werden und Menschen verschiedener gesellschaftlicher Ebenen zusammenkommen.

DIE: Wen sehen Sie als Ihre Zielgruppe, oder anders gefragt: Von wem werden die Angebote der Evangelischen Akademien wahrgenommen? Hat sich da in den letzten zwanzig Jahren etwas verändert?

Poppe: Die Klientel der Akademien im Osten war sehr gemischt, es kamen Menschen aus allen Schichten. Aber sie mussten sich erst einmal trauen, in eine Evangelische Akademie zu gehen. Das konnten sich manche nicht leisten, die in bestimmten höheren Positionen im Staat tätig waren. Im Westen gehört eher das mittelständische Bildungsbürgertum zur Klientel. Mit den gestiegenen Tagungspreisen fallen aber die einkommensschwachen Schichten trotz aller Bemühungen um Fremdfinanzierung immer mehr heraus. Auch ist der Altersdurchschnitt mittlerweile ziemlich hoch. Am seltensten kommen leider junge Erwachsene, die Kinder und somit keine freien Wochenenden haben.

DIE: Gibt es Themen, die für bestimmte Altersgruppen interessant zu sein scheinen?

Poppe: Ja, selbstverständlich. So ziehen geschichtliche Themen vor allem ein älteres Publikum an. Aber zu Themen wie Datenschutz, Internet, Klimawandel, aber auch Menschenrechte kommen auch jüngere Leute.

Foto: Thomas Jung



Multiple Transformation: Verhinderte Reisemöglichkeiten im stillgelegten Bahnhof, als Abenteuerspielplatz erschlossen durch Jugendliche

DIE: Welchen Beitrag zur Aufarbeitung der jüngeren deutschen Vergangenheit leistet die Erwachsenenbildung an den Akademien? Welche Methoden verwenden Sie in Ihren Angeboten?

Poppe: Wir bringen in unseren Veranstaltungen unterschiedliche Perspektiven zusammen. Menschen, die die DDR aus verschiedenen Blickwinkeln erlebt haben, Historiker, die zu unterschiedlichen Interpretationen und Einordnungen gekommen sind, diskutieren mit einem Publikum aus West und Ost. Uns ist daran gelegen, immer auch eine Beziehung zur Gegenwart, zum Beispiel zur Außenpolitik der Bundesrepublik oder zu unserem Verhältnis zu Diktaturen in anderen Ländern, herzustellen. So hatten wir vor einiger Zeit eine Tagungsreihe, wo es um das Erzählen von lebensgeschichtlichen Erfahrungen ging. Wir luden Vertreter aus vier Generationen des 20. Jahrhunderts ein und baten sie, jeweils über verschiedene Themen zu erzählen, über Umbrüche, über Gefangenschaft und Verfolgung in den verschiedenen Systemen, auch über Kindheiten oder Liebesbeziehungen. Im letzten Jahr veranstalteten wir eine Tagung, in der es darum ging, herauszufinden, warum die DDR so lange existieren konnte. Dabei ging es nicht nur um äußere Zwänge, wie Besatzungsmacht, Grenzregime und Staatssicherheit, sondern auch darum, warum Menschen an das System glaubten. Der Westen war natürlich einbezogen, weil es ja auch dort Menschen gab, die in der DDR

immer Stimmen, die von den »neuen« Bundesländern sprechen, was nach so langer Zeit zumindest merkwürdig ist, aber von unterschiedlichen Tarifgesetzen und manchen Politikmentoren immer wieder befestigt wird. Erachten Sie es als legitim, von einer Eigenständigkeit der Ostdeutschen zu sprechen? Der Soziologe Wolfgang Engler apostrophiert gar eine »Avantgarde der Ostdeutschen«, die aufgrund ihrer doppelten Systemerfahrung in der Lage sei, reflektierter und kreativer auf Transformationen zu reagieren. Würden Sie eine solche Einschätzung bestätigen? Und welche Rolle spielen hierbei die Akademien im Osten Deutschlands, sei es nun bei der Hinterfragung oder bei der Zementierung solcher Unterschiedlichkeit?

Poppe: Ich gehe davon aus, dass die kulturellen Differenzen zwischen Ost und West, die jetzt noch spürbar sind, in einer, spätestens zwei Generationen aufgehoben sein werden. Ich hatte anfänglich die Hoffnung, dass die Anpassung sehr viel schneller vor sich gehen würde. Aber es wird wohl mindestens noch ein bis zwei Jahrzehnte dauern. Die Berliner Akademie ist übrigens ein Spiegelbild dieser Situation, wenn auch ein Sonderfall, da wir nach wie vor ein Ost- und ein Westberlin und ein entsprechend gemischtes Publikum haben. Je nach Thema kommt mehr Publikum aus der einen oder aus der anderen Hälfte der Stadt. Hingegen ist in den anderen Akademien der neuen Bundesländer das ostdeutsche Milieu

eine Alternative zum Kapitalismus sahen. Das sind schließlich Fragen, die bis in die heutige Zeit hineinreichen, wo der Kapitalismus sein weniger attraktives Gesicht zeigt.

DIE: Nach zwanzig Jahren Einheit gibt es noch

noch mehr unter sich, und es herrscht eine andere Atmosphäre, als ich sie aus Westakademien kenne.

»Andere Atmosphäre als in Westakademien«

DIE: Wie würden Sie diese »andere« Atmosphäre beschreiben? Was ist dort anders als etwa in Bochum oder in Spandau?

Poppe: In vielen Gesprächen wird ein Bewusstsein der Benachteiligung und Fremdheit gegenüber den Menschen im Westen kultiviert. Man spürt Unzufriedenheit, manchmal Nostalgie, viel Enttäuschung. Beklagt wird, dass sie einem System angeschlossen wurden, das nicht von ihnen selbst hervorgebracht und mitgestaltet worden ist und in das sie sich einzupassen haben. Die gesamtdeutsche Bürgerinitiative für eine neue Verfassung des Bundes deutscher Länder (1990) ist ja bekanntlich gescheitert. Die Verfassungsdiskussion wäre eine Chance gewesen, den Ostdeutschen ein Stück weit Mitbestimmung über das neue Gemeinwesen zu ermöglichen. Auch wenn sich der Verfassungsentwurf letztlich nicht wesentlich vom Grundgesetz unterschieden hätte, so hätten doch die Ostdeutschen das Gefühl gehabt, gefragt worden zu sein. Noch heute ist vielerorts zu spüren, dass der Geist in Diskussionsrunden, ob in den Akademien, in Gewerkschaftskreisen oder auch in Schulen, in Ost und West doch noch sehr unterschiedlich ist. Daher versuchen wir auch, möglichst gemischte Runden herzustellen und mit entsprechenden Programmangeboten die Verständigung zwischen Ost und West zu befördern.

DIE: So gibt es also in unserer gegenwärtigen »Übergangsgesellschaft« noch reichlich zu tun – auch und vor allem für die Erwachsenenbildung. Ich danke Ihnen für das Gespräch.